



**GEMEINDERATSFRAKTION  
LISTA CIVICA PER BOLZANO  
Oltre-Weiter**

Rathausplatz – 39100 BOZEN

An die  
Präsidentin des Gemeinderates der Stadt Bozen

An den  
Bürgermeister der Stadt Bozen

An den  
Generalsekretär der Stadt Bozen

Bozen, 06. Oktober 2022

**Beschlussantrag Nr. 30/2022  
Außerordentliche soziale Maßnahmen gegen den Anstieg der  
Lebenshaltungskosten**

Der Verbraucherpreisindex, der monatlich vom städtischen Statistikamt erhoben und jeweils von der Preiskommission geprüft wird, zeigt für den Monat September 2022 einen Anstieg der Lebenshaltungskosten um 10,5% für das laufende Jahr.

Sieht man sich die Zahlen genauer an, fällt auf, dass gerade auch die Kosten vieler Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs im September 2022 gegenüber dem gleichen Zeitraum 2021 gestiegen sind: Gas (+105,8%), Strom (+150,8%), Heizöl (+39,2%), Trinkwasser (+29,4%), verschiedene feste Brennstoffe (+15,1%), internationale Flüge (+128,1%), Flüssiggas und Erdgas zum Betanken des Autos (+38,1%), Dieselkraftstoff (+22,5%), Taxidienste (+14,2%).

Dazu kommen die besorgniserregenden Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Getränken. Bei diesen betrug der Preisanstieg im September 2022 10,5%, wobei auch Lebensmittel des täglichen Bedarfs, wie Speiseöl (+62,5%), Butter (+27,0%), Geflügel (+21,9%), Margarine und andere Pflanzenfette (+19,7%), Mehl und Getreide (+17,8%), Obstkonserven (+16,3%), Reis (+15,6%), H-Milch (+15,4%), frisches Gemüse (+14,7%) und Brot (+14,2%), in erheblichem Maße betroffen sind.

Diese Preissteigerungen sind auf äußere Einflüsse zurückzuführen, die sich auf unseren Kontinent, ja die gesamte Welt auswirken. Bewaffnete Konflikte und andere Faktoren (Energieabhängigkeit Italiens, mangelnde Lebensmittelreserven) sind die Ursachen dieser Preissteigerungen, die durch nationale und internationale Spekulationen im großen Stile weiter angefacht werden und das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Boznerinnen und Bozner schwer belasten. Laut aktuellen Schätzung der Verbraucherverbände müssen Familien aufgrund der Preissteigerungen mit zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 2.700 Euro im Jahr rechnen. Ein 4-Personen-Haushalt kommt sogar auf Mehrausgaben von 3.800 Euro. Hinzu kommt, dass zusätzlich zu den Lebenshaltungskosten auch die Zinssätze und folglich die Monatsraten für Wohnungsdarlehen steigen.

Aufgrund dieser Entwicklungen wird es bereits gegen Ende dieses Jahres zu einem Einbruch beim Konsum von nicht lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen kommen, sowohl bei den Einheimischen, als auch bei den Gästen. Dies wird zu erheblichen Einnahmeneinbußen im Handel und Handwerk, bei Hotels, Restaurants, Cafés und Gastlokalen im Allgemeinen sowie bei Kino- und Theaterbetreibern wie auch bei Kultur- und Sportveranstaltungen führen.

Es ist damit zu rechnen, dass in den nächsten 12 Monaten immer mehr Einzelpersonen und Familien die Sozialdienste des BSB in Anspruch nehmen werden – Menschen, die aufgrund ihres zu geringen Einkommens bereits jetzt Probleme haben, bis ans Monatsende zu kommen, oder die von einem Tag auf den anderen ihre Arbeit verlieren bzw. Lohnabschläge in Kauf nehmen müssen, in Kurzarbeit geschickt werden oder als Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmer über keine betrieblichen und familiären Rücklagen verfügen.

Die Stadtgemeinde Bozen hat die Mehrausgaben aufgrund der gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise bisher zu einem erheblichen Teil aus dem Verwaltungsüberschuss gedeckt.

Umso wichtiger ist es, dass der Haushaltsentwurf für den Zeitraum 2023-2025 mit viel Umsicht geplant wird, zumal der Saldo aus den laufenden Einnahmen und Ausgaben laut offizieller Verlautbarung der Stadtregierung derzeit negativ ist und durch eine Umschichtung der Landeszuwendungen für Investitionsausgaben auf den sog. „ordentlichen Fonds“ ausgeglichen werden soll.

Obgleich der heutige und künftige Verwaltungsüberschuss sowie der Investitionsbeitrag des Landes zur Modernisierung der Straßeninfrastruktur und für andere Infrastrukturprojekte herangezogen werden kann, ja in gewisser Weise sogar müsste, da die Baubranche und das öffentliche Vergabewesen in der Lage sind, antizyklisch zu wirken, ist andererseits auch klar, dass in einer Situation mit fluktuierenden Preisen bei Energie und Rohstoffen – bei letzteren ist zudem mit erheblichen Lieferverzögerungen zu rechnen – bauliche Investitionen der öffentlichen Hand die Konjunktur und die Kapitalbewegungen nicht in dem Maße anregen würden, wie es eigentlich erwartbar wäre. Deshalb könnte ein Teil des künftigen Verwaltungsüberschusses und der Investitionsbeiträge durchaus zur Finanzierung von Maßnahmen herangezogen werden, die sofort spürbare Erleichterungen für die Bevölkerung bringen würden.

Gefragt sind also mutige wie auch sorgfältige Planungsentscheidungen, die heute und auch in den nächsten Jahren eine austarierte Verteilung kommunalen Ressourcen ermöglichen. Dabei wird es nicht reichen, die steigenden Verwaltungsausgaben der Stadt zu decken und die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigungsentwicklung und den Binnenkonsum abzufedern. Die Mittel müssen auch ausreichen, um öffentliche Bauvorhaben zu finanzieren, mit denen man bereits seit Jahren in Verzug ist.

**Vor diesem Hintergrund  
verpflichtet der Gemeinderat  
den Bürgermeister und den Stadtrat,  
wie folgt tätig zu werden:**

1. Der BSB wird mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet, die in Form laufender, nicht dauerhafter Ausgaben als ein wesentliches – wenngleich zeitlich begrenztes – Element in den zu überarbeitenden Sozialplan der Stadt Bozen aufgenommen werden und als Kriseninstrument zur Bewältigung der schwer einschätzbaren geopolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen eingesetzt werden können. Die Gruppe der Anspruchsberechtigten wird dabei auf die Mittelschicht ausgeweitet, die auch klein- und mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer umfasst.
2. Haushaltsmittel, die dem Stadtmarketing und die Wiederbelebung der Großmarkthalle vorbehalten sind, werden in Form von laufenden, nicht dauerhaften Ausgaben oder von Investitionsausgaben an Maßnahmen zur Vernetzung von Stadt, Großmarkt und Obst- und Gemüsehandel gebunden: Durch die Neuauflage von „*Bolzano convenienza – borsa della spesa a prezzi garantiti*“, einer Aktion der Stadt, die nach der Einführung des Euro als Folge der damit einhergehenden Preissteigerungen ins Leben gerufen wurde und sehr erfolgreich war, ginge in Zeiten hoher Inflation ein wichtiges, preissenkendes Signal von der Stadt als öffentlicher Körperschaft aus, zumal gerade auch die Lebensmittelparte von der Inflation betroffen ist.
3. Eine ständige Arbeitsgruppe zum städtischen Haushalt, die alle im Gemeinderat vertretenen politischen Strömungen abbildet und die auch die wirtschaftlichen und sozialen Interessenträger einbindet, sofern dies möglich und zweckdienlich ist, wird künftig dafür sorgen, dass das kommunale Wirtschaftsplanungsdokument, das derzeit ein reines Buchführungsinstrument ist, zu einem Dokument der gemeinschaftlichen Wirtschaftsplanung weiterentwickelt wird, das den Rahmen für die Umsetzung von außerordentlichen Maßnahmen und Initiativen vorgibt, die sowohl auf sozialer als auch auf wirtschaftlicher Ebene für Entlastung sorgen und darüber hinaus antizyklisch zur Konjunktur und Inflationsentwicklung wirken.
4. Die notwendigen Haushaltsmittel für die Finanzierung der beschriebenen Initiativen werden durch die Vornahme von Haushaltsänderungen und eine angemessene Haushaltsentwurfsplanung bereitgestellt.

Der Erstunterzeichner beantragt nach Art. 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates eine vorrangige Behandlung des Beschlussantrags.

**Gabriele Giovannetti (gez.)**

Gemeinderat

Fraktionssprecher La Civica per Bolzano

**Roberto Zanin (gez.)**

Gemeinderat

**Claudio Della Ratta (gez.)**

Gemeinderat

Stellv. Fraktionssprecher La Civica per Bolzano

**Walter Seppi (gez.)**

Gemeinderat

**Barbara Pegoraro (gez.)**

Gemeinderätin

**Mirche Hristov (gez.)**

Gemeinderat

**Luigi Nevola (gez.)**

Gemeinderat

**Gabriele Repetto (gez.)**

Gemeinderat

Übersetzung: CT